

It would help the opposition leaders to mobilize and to lead all the other forces of the Army and the nation against Himmler and the S. S. leaders against whom the bitterness and hatred is greater than against any one else.

In regard to the Russian Problem

1. The opposition groups have no aims to conquer or to get for Germany parts of Russia as a colonial area.
2. They hope that it may be in the future possible to cooperate in a really peaceful way with Russia, especially in the economic and cultural field.
3. But they are not convinced that the totalitarian methods of revolutionary brutal warfare would be changed without very effective guarantees, even when the totalitarian regime in Central Europe would have been abolished.
4. They would regard the building up of an Orthodox Russian Church by the renewal of Christian faith in Russia as a real common basis which could further more than anything else the cooperation between Russia and the European Federation.

ZEUGNISSE ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES LANDES HESSEN

MITGETEILT UND KOMMENTIERT VON LUDWIG BERGSTRÄSSER

Vorbemerkung des Herausgebers: Die in dem hier folgenden Text enthaltenen Dokumente und Einzelzeugnisse sind ihrer Herkunft und Natur nach durch den Kommentar Ludwig Bergsträssers klar charakterisiert. Es ergibt sich daraus zugleich ihre Beschränkung auf die Sicht von einer Seite und durch eine Person. Ergänzungen, insbesondere durch Belege der amerikanischen Besatzungspolitik, zu beschaffen, erwies sich als unmöglich. Es erscheint uns aber sehr erwünscht, wenn dieser Fragenkomplex der Zeitgeschichte angegangen wird, und vielleicht kann ein erster quellen-naher Beitrag dazu helfen, weiteres Material hervorzulockern. H. R.

Am 23. März 1945 hörte ich in dem kleinen Ort im südlichen Odenwald, in dem wir nach unserer Ausbombung lebten, abends im englischen Sender, daß die Amerikaner bei Gernsheim über den Rhein gegangen seien. Ich beschloß daraufhin, sofort am nächsten Tag zu versuchen, nach Darmstadt zu kommen, weil ich annehmen konnte, daß ich dort Gelegenheit haben würde, mich innerhalb eines Kreises Gleichgesinnter in den neuen Verhältnissen nützlich machen zu können, während in dem kleinen Ort, in einer Gegend, in der ich ganz unbekannt war, keine Gelegenheit gewesen wäre. Am 25. gegen Abend kam ich nach Darmstadt, wo die Amerikaner gerade einrückten. Auf dem Wege hatte ich in Erbach „beim katholischen Pfarramt nach Baronin Biegeleben“ (jetzt Gemahlin des Botschafters von Brentano in Rom) gefragt. Der Pfarrer machte selbst auf und lud mich zum Kaffee ein. Langes Gespräch über die Zukunft. Er glaubte, daß der Bischof (von Mainz) die Arbeit derer billigen und unterstützen werde, die versuchen werden, den Zusammenbruch aufzuhalten und überzuleiten. – „Montag, den 26. 3. 45 morgens

zur Diesterwegschule, wo Rechtsanwalt Metzger (der jetzige Bundestagsabgeordnete der SPD) als vom Militärgouvernement bestellter Bürgermeister gerade in einem Schulsaal eine Ansprache an seine Beamten hielt . . . In allen Verwaltungen der Stadt wie der Staatsbehörden herrschte völlige Desorganisation, da die leitenden Männer alle ausgerissen waren. Dieses feige Verhalten hat dazu geführt, daß keine Behörde ordnungsmäßig einem Nachfolger übergeben wurde und daß die mittleren und unteren Beamten, bei den Betrieben auch die Arbeiter, nicht wußten, was sie tun sollten.

Am Dienstagmorgen (27. 3.) wurde der Bürgermeister zu dem inzwischen eingetroffenen Militärgouvernement berufen, er nahm mich zu der Sitzung mit. Sie war in einem Privathaus völlig formlos. Es wurde uns gesagt, man wolle die Bevölkerung nicht schikanieren, habe vielmehr die Absicht dahin zu wirken, daß das normale Leben möglichst bald wieder in Gang komme. Man verlange einen Verbindungsmann zwischen dem Militärgouvernement und dem Bürgermeister. Als wir uns nachmittags wieder in der Bürgermeisterei trafen, bat mich Metzger, dieses Amt zu übernehmen.“

„Ich bin nun der offizielle Verbindungsoffizier (liaison officer) geworden und glaubte das tun zu sollen, da ich hoffe, mit den Amerikanern dadurch in Verbindung zu kommen und manches machen zu können, was sich heute schon zweimal ergab . . . Erreichte, daß Leute der Gas- und Wasserwerke nach außerhalb dürfen, um ihre Leitungen zu prüfen und zu reparieren . . . Sie achten meinen Titel. Falls sie etwas verlangen würden, was ich nicht verantworten kann oder mich schlecht behandeln, kann ich gehen. Andere können das nicht. Schon deshalb muß ichs machen.

28. 3. Wildbewegte Welt. Heute morgen um 8¹/₂ beim Bürgermeister, dann in das Mil. Gov. Inzwischen war der Chef, Colonel Davis angekommen, ich wurde ihm gleich vorgestellt, und er wies mir ein Hotelzimmer als mein Büro an, wo ich mit meiner Sekretärin sitzen kann . . . Major Williver, der stellvertretender Chef ist, ist von sehr angenehmen Formen. Mir persönlich offenbar geneigt und erfreut, daß ich englisch genug spreche, um ohne Dolmetscher auszukommen.

7. 4. 45. Ich wie auch meine Sekretärin werden als quasi zugehörig betrachtet und von allen gut behandelt. Ich oft geradezu zuvorkommend. Die jungen Leute sind bestrebt, mir meine Arbeit zu erleichtern, auch die leitenden Offiziere. Man will hier schnell arbeiten, unbürokratisch, ist auf Nutzeffekt bedacht, auf sonst nichts.“ (Meine Sekretärin, Fr. Pfannmüller, jetzige Frau Kiendel in Hamburg, sprach auch englisch.)

„Nun kam alles an mich, Wünsche der amerikanischen Militärregierung und Wünsche der deutschen Bevölkerung. Ein unendlicher Strom von großen und kleinen Dingen und ein unendlicher Strom von Menschen und in alledem sah ich dann sehr bald, daß es in dieser Weise der Autonomie der Gemeinden und Kreise nicht weitergehen könne.“ (Rede Grünberg.)

„Das erste was die amerikanische Armee tat, war das Einsetzen neuer Bürgermeister, dann ging man dazu über, daß man die Kreise wieder durch einen Landrat zusammenfaßte. Im übrigen war nichts. Und wozu hat das geführt? Nun, Hit-

ler war tot, Mussolini war tot, aber an ihrer Stelle waren der souveräne Bürgermeister X und der souveräne Bürgermeister Y und sie regierten im kleinen, wie die andern im großen regiert hatten. Aus meinem Ort kommt kein Pferd, keine Maus und kein Stück Brot heraus, sagte der Bürgermeister. In einem der Kreise der Provinz Starkenburg sagte der Landrat, ja gewiß, ich habe 2000 Pferde bekommen, die aus einem Kreis geflüchtet sind (es war ein rheinhessischer Kreis), aber jetzt sind das meine Pferde, und meine Bauern werden mit diesen Pferden pflügen. Es zeigte sich also sehr bald, daß man so nicht wirtschaften konnte. Und so nahm ich Gelegenheit nach einiger Zeit, es war eine sehr kurze Zeit, den Herrn von der amerikanischen Militärregierung zu sagen, daß es so nicht weitergehe, und daß es notwendig sei, größere Gebiete zusammenzufassen unter einer zentralen Regierung.“ (Rede Offenbach.) „Ich erinnere mich, wie ich eines Tages zu dem Obersten und dem Major bestellt wurde, um Vortrag über die Verwaltungsorganisation in Deutschland überhaupt zu halten.“ (Rede Grünberg.) „In einer längeren Denkschrift¹ hatte ich die Funktionen der hessischen Verwaltung und ihren Unterschied gegenüber der preußischen ausgearbeitet. Bald fand eine Besprechung mit den Offizieren der Militärverwaltung statt, zu der auch der Bürgermeister zugezogen wurde.“ (Vor einem Jahr.)

„Einige Tage später war eine Besprechung zwischen Bürgermeister und mir auf der einen und dem Obersten und dem Major auf der anderen Seite, wobei sie uns sagten, daß sie beschlossen hätten, für das Gebiet der Provinz Starkenburg eine Zivilregierung einzusetzen. Wen wir dafür vorschlagen würden? Der Bürgermeister nannte mich, sie stimmten bei, und so übernahm ich am 14. April, als noch Krieg war, diese Aufgabe.“ (Rundbrief.) Die folgende Denkschrift² ist eine Zusammenfassung der Gründe, die wir in Gesprächen angeführt hatten. Sie ist ostensibel.

Dokument 1³

Memoire

(April 1945)

Präsident Roosevelt hat als Hauptziel der Politik der USA in Europa bezeichnet die Vernichtung des Nationalsozialismus. Deshalb sind überall, wo die amerikanischen Truppen hinkamen, die Organisationen der NSDAP aufgelöst worden. Aber das

¹ Diese Denkschrift ist nicht erhalten.

² Da die Denkschrift nach einer offenbar späteren Bleistiftnotiz vom 14. April datiert ist, meine Beauftragung nach dieser nicht weit zurückliegenden Darstellung auch vom 14. April, ist wohl eines der Daten nicht ganz richtig; vermutlich ist die Denkschrift einige Tage später verfaßt.

³ Die Dokumente 1–5 sind alle in Entwürfen oder Abschriften in meinen Privatakten. Für die verbindenden und erklärenden Bemerkungen stütze ich mich nicht auf mein Gedächtnis, sondern auf zeitnahe Aufzeichnungen, und zwar ein Tagebuch, das ich während des zweiten Weltkrieges führte, das allerdings nur bis zum 7. April 1945 reicht, dann ließ mir die Hetzjagd der Arbeit keine Zeit mehr, es weiter zu führen. Einen gewissen Ersatz bieten einige Reden aus den Jahren 1945 und 1946, in denen ich über die Vorgänge der ersten Zeit mit-

genügt nicht. Man darf nicht eine Politik machen, die nur die Zeit berücksichtigt, in der amerikanische und andere Truppen Deutschland besetzt halten. Man muß an die Zeit nachher denken. Man muß heute die Grundlage schaffen für die dauernde demokratische Gestaltung Deutschlands. Man darf also den Nationalsozialismus nicht nur äußerlich zerbrechen, man muß ihn innerlich überwinden.

Die NSDAP besteht, wie alle Parteien, aus einer kleinen Anzahl überzeugter und kämpfender Anhänger und einer viel größeren Zahl von Mitläufern. Die Mitläufer sind zur Partei gekommen, teils aus Angst, teils unter dem Eindruck der Scheinerfolge. Die Angst war die vor dem Kommunismus. Diese Angst vor dem Kommunismus besteht auch heute noch unter der Decke. Hier kann am besten entgegen gewirkt werden, wenn möglichst viele Menschen möglichst bald von der Straße weg und wieder in Arbeit kommen. Dazu ist es dringend erforderlich, daß das besetzte Gebiet in größere Bezirke zusammengefaßt und in diesen Bezirken freie Verkehrsmöglichkeit gegeben wird. Solche Bezirke wären z. B. Unterhessen,⁴ links des Rheines, Unterhessen rechts des Rheines. Zweitens ist nötig, der Bevölkerung klarzumachen, daß die amerikanischen Behörden die deutsche Mark halten wollen. Ich habe gehört, daß z. B. manche Handwerker nicht arbeiten wollen, weil sie sagen, es käme eine Dollarwährung. Mark habe keinen Wert.

Der Eindruck, den die Scheinerfolge des Nationalsozialismus machten, muß ersetzt werden durch den Eindruck der Erfolge derer, die nun von der deutschen Seite her das böse Erbe übernommen haben und an der Neuordnung arbeiten. Auch hier spielt Angst eine Rolle. Nämlich die Angst davor, daß zu irgendeiner Zeit der Nationalsozialismus doch wiederkommen könnte und vor allen Dingen die Angst davor, von geheimen kleinen Gruppen der hier gebliebenen Nationalsozialisten terrorisiert zu werden. Mancher von denen, die heute mitarbeiten, fürchtet, daß ihm durch solche nationalsozialistische Elemente (Wehrwolf) das Schicksal bevorsteht, das vor 25 Jahren Walter Rathenau erlitt. Um dem vorzubeugen, ist es aufs dringendste notwendig, daß nicht nur in den größeren Städten, nicht nur an der Spitze der Landkreise, die bisherigen nationalsozialistischen Beamten entfernt werden, sondern daß restlos auch nach unten durchgegriffen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, wenn zwar der Bürgermeister einer kleinen Gemeinde ein zuverlässiger Mann ist, seine Exekutive, der Gendarm, aber ein Nationalsozialist. Dieser wird natürlich die Maßnahmen des Bürgermeisters sabotieren und vor allen Dingen gar nichts tun, nationalsozialistische Geheimorganisationen oder Konspirationen aufzudecken. Weiter wird es nötig sein, überall im Lande eine Anzahl hervorragender Nationalsozialisten einmal für einige Zeit sicherzustellen. Viele von ihnen waren geflohen, kehren jetzt zurück, tun, als habe sich gar nichts geändert, weil man sie bisher in Ruhe gelassen hat,

berichtete (Rede in Grünberg vor den Bürgermeistern und Ortsbauernführern des Landkreises Gießen am 14. Sept. 1945. – Rede im Saalbau in Jügesheim, Kreis Offenbach, am 18. Sept. 1945. – Rede anlässlich der Gründungsfeier der sozialdemokratischen Partei in Offenbach am 30. Sept. 1945. – Der Weg ins neue Deutschland – Rede bei der Versammlung der sozialdemokratischen Partei in Langen am 4. 12. 1945). Ich ließ alle diese Reden nachstenographieren, sofort übertragen und ins Englische übersetzen. So überreichte ich sie der Militärregierung, um zu vermeiden, daß diese durch ihre Organe falsche oder mißverständliche Berichte in die Hand bekam. Auch diese Reden sind in meinen Akten. Dazu kommen ein Interview „Vor einem Jahr“, ein Artikel „Wir hatten recht“ vom 10. Sept. 1946 und ein „Bericht über die Berliner Reise vom 31. 10. bis 7. 11. 1946“, wo ich mit amerikanischen Stellen auf deren Wunsch Besprechungen hatte. In welchem Blatt der Artikel erschien, habe ich nicht feststellen können.

⁴ „Unterhessen“ ist gebraucht im Hinblick auf die Übersetzung, da die Amerikaner von „Upper“ und „Lower“ Hesse sprachen.

halten üble Reden und glauben, ihre Oppositionstätigkeit ungehindert fortsetzen zu können. Hier muß durchgegriffen werden. Einer Bevölkerung, die über ein Jahrzehnt an Gewalt und an die von Gewalt getragene Macht gewöhnt war, machen nur durchgreifende Maßnahmen Eindruck. Für die Mitläufer ist es weiter unbedingt wichtig, daß den Deutschen, die jetzt mit der amerikanischen Militärregierung zusammenarbeiten und das sind die politisch links gerichteten Deutschen, die Möglichkeit gegeben wird, durch die Öffentlichkeit der Zeitungen auf die Bevölkerung einzuwirken. Es ist notwendig, Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung zu erklären. Es ist noch viel notwendiger, die Bilanz des Nationalsozialismus immer wieder zu ziehen, z. B. zusammenzustellen, welcher Trümmerhaufen hinterlassen wurde an Gebäuden, an Toten, an ruinierten Arbeitsmöglichkeiten, an verschlechterter Ernährungslage. Hierbei sind Einzelheiten und große Zusammenhänge gleich wichtig. Ich selbst, Historiker von Beruf, bin gefragt worden, ob ich nicht vor den hiesigen Beamten und vielleicht auch dem weiteren Kreise der Öffentlichkeit Vorträge halten könnte, die die geschichtliche Entwicklung Deutschlands seit 1914 etwa behandelten und dabei die politischen Probleme, vor allen Dingen natürlich die innere Gestaltung Deutschlands, herausarbeiteten. Ich sehe von meiner Person dabei völlig ab, muß aber doch sagen, daß derartige systematische Aufklärung sehr dringend wäre. Man kann vielleicht einwenden, das habe Zeit. Ich bin nicht dieser Meinung. Es ist eine psychologische Frage und für eine solche ist es entscheidend, daß man den richtigen Augenblick erfaßt. Der ist immer bei einer großen Umwälzung möglichst früh einzusetzen. Wenn die Dinge noch im Fluß sind, wenn die Menschen alle sich noch Gedanken darüber machen, was werden soll. Deswegen brauchen wir, im Interesse der Ideen von Roosevelts Politik, die Möglichkeit, daß wir als Deutsche zum deutschen Volk sprechen.

Ich würde dabei vollständig verstehen, wenn die amerikanischen Militärbehörden zunächst eine Vorzensur einführen und verlangen würden, daß jeder Artikel, der in die Zeitung kommt, ihnen vorher vorgelegt wird. Das würde auch nichts schaden, denn die breitere Öffentlichkeit braucht das nicht zu wissen.

Es handelt sich bei allen Maßnahmen, die ergriffen werden, sehr stark darum, daß es viel besser ist, wenn Deutsche dabei die Initiative ergreifen, im Vordergrund stehen und in der Öffentlichkeit die Verantwortung tragen. Maßnahmen einer Okkupationsbehörde erwecken immer Ressentiments, auch wenn diese Behörde noch so wohlwollend ist.

Die anfangs erwähnte Zusammenfassung des Gebietes in größere Bezirke ist nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen notwendig, obwohl diese sehr stark zu beachten sind, da in Darmstadt z. B. fast alle Arbeiter auf dem Lande wohnen und infolgedessen ohne freie Passiermöglichkeit gar nicht gearbeitet werden kann. Mindestens ebenso wichtig ist ein verwaltungspolitischer Gesichtspunkt. Solange es nicht eine übergeordnete Behörde gibt, die Bezirke zusammenfaßt, arbeitet jeder Distrikt ohne Rücksicht auf den neben ihm liegenden Distrikt, setzt z. B. andere Lebensmittelrationen fest, hält Arbeitskräfte in seinem Bezirk zurück usw. Daraus entsteht eine Fülle von Reibungen und Unordnung, überdies können Polizeimaßnahmen gar nicht durchgeführt werden, wenn sie an Distriktgrenzen gebunden sind, z. B. die Kontrolle nationalsozialistischer Umtriebe. Besonders da durch die Zerstörung in Städten und Ortschaften und durch vielfache Flucht vor der amerikanischen Armee die Bevölkerung sich verschoben hat und damit jede Kontrolle und Aufsicht sehr erschwert ist. Wenn die bisherigen Grenzen bleiben und nicht regulierend von einer vorgeetzten Behörde eingegriffen wird, macht sich die Verwaltung in kurzer Zeit lächerlich.

(Darmstadt, 14. April 1945)

(Unterschrift)

„Es war nur ein kleines Gebiet. Aber dadurch war die Möglichkeit gegeben zu koordinieren, wieder eine gewisse staatliche Ordnung aufzurichten.“ Es gab uns die Möglichkeit, an Aufgaben heranzugehen, die auf Kreisebene nicht zu lösen waren. „Wir haben es fertiggebracht, im April schon schwerste Schäden zu beseitigen, die Eisenbahn in Ordnung zu bringen; Schiffe wurden gehoben, die die Häfen blockierten. Kurz und gut: überall da, wo etwas zu tun war, wurde angefangen.“ (Ansprache Verfassungsfeier.) Das Heben der Schiffe bezog sich darauf, daß im Hafen von Gernsheim eine beträchtliche Anzahl von Schleppkähnen gehoben wurde, die alle mit Kohlen beladen waren. Das ganze Gebiet, vor allem die Stadt Darmstadt, hat in dem schweren Winter 1945/46 einen bedeutenden Nutzen davon gehabt. Die Bevölkerung dieses Gebietes war infolgedessen mit der neuen Gestaltung durchaus einverstanden.

Die Aufgabe, eine Regierung zu bilden, wurde mir dadurch erleichtert, daß in der Woche zwischen Beauftragung und Regierungsbildung – die erste Kabinettsitzung war am 21. 4. – der Bischof von Mainz, Dr. Stohr, auf einer Firmungsreise durch Darmstadt kam und mich in meinem Büro in der Militärregierung besuchte. Er hatte von meiner Beauftragung gehört und sagte, daß er meinen Plan billige und unterstützen werde. Es ist mir kein Zweifel, daß die katholische Geistlichkeit und über sie auch die katholische Bevölkerung die Auffassung des Herrn Bischofs bald erfuhr. Durch Hinweise auf seine Stellungnahme wurde es mir wesentlich erleichtert, einige katholische Herren als leitende Mitarbeiter zu gewinnen, was ich ohnehin beabsichtigt hatte, was auch einem ausdrücklichen Wunsche der Militärregierung entsprach, die nicht wollte, daß die leitenden Männer nur aus einer politischen Gruppe genommen würden. Auch der Militärregierung gegenüber war der Besuch des Bischofs von großem Wert. Man wußte, wie ich politisch stand, man wußte, daß ich nicht Katholik war. So enthielt der Besuch die Zustimmung auch von einer anderen Seite.

Die Militärregierung selbst hat mir gerade in den Anfängen die Arbeit dadurch wesentlich erleichtert, daß sie meine Autorität in ihren eigenen Reihen sichtbar stützte. Vom Tage der Ernennung an hatte ich vor allen Offizieren, außer dem Chef der Militärregierung, den Vortritt. Noch wichtiger war, daß sie sofort eingriff, als der Leiter einer Kreismilitärregierung einen Landrat von sich aus absetzte, was er ohne die obere Militärregierung nicht hätte tun dürfen, und von sich aus einen neuen Landrat einsetzte. Er teilte mir das durch ein Schreiben mit, dem ein in deutscher Sprache verfaßtes Memoire beilag, das seine Berechtigung erweisen sollte. Ich protestierte bei meiner Militärregierung mit dem Hinweis, daß ich die Verantwortung trüge, also das Ernennungsrecht, natürlich mit Vorbehalt der Zustimmung der Militärregierung, haben müsse, daß niemand anders ernennen könne. Man gab mir recht und griff sofort durch.

Von anderer deutscher Seite kam scharfe Kritik. „Mancher hat damals gesagt, das sei Unsinn. Ich bin bei einer Besprechung in Frankfurt von dem damaligen Herrn Oberbürgermeister (Wilhelm Hollbach) miserabel behandelt worden, weil er sagte, das führe zu nichts weiter als zu Partikularismus und Kleinstaaterei. Es

hat sich nachher herausgestellt, daß diese Politik richtig gewesen ist, denn wir haben, das kann ich wohl sagen, dadurch einen Vorsprung gehabt und haben dadurch schneller als die anderen Gebiete wieder in die Verwaltungspolitik eine gewisse Ordnung gebracht.“ (Rede Grünberg.) „Es hat sich für uns um etwas ganz anderes gehandelt: daß man in einer Notzeit eine Notlösung findet. Niemals habe ich die Provinz Starkenburg als etwas anderes angesehen. Ich habe auch die Vereinigung von Starkenburg und Oberhessen nicht als etwas Endgültiges angesehen, und wenn wir jetzt das neue Gebilde haben, das wir als Großhessen bezeichnen, so ist das etwas, was ich persönlich erstrebt habe.“ (Rede Offenbach.)

Der Beweis dafür ist in der folgenden Denkschrift⁵ enthalten, die nur 1½ Monate später liegt, sie ist nicht die einzige dieser Art gewesen. Der damalige Oberbürgermeister von Hanau, Dr. Blaum, hat eine Denkschrift ganz ähnlichen Inhalts an den amtierenden Bürgermeister von Frankfurt geschickt, und dieser hat sie nach einer Bleistiftnotiz auf dem Original mit kleinen nur redaktionellen Änderungen an die für ihn zuständigen amerikanischen Stellen weitergereicht.

Es ist kein Wunder, daß wir, ohne uns besprochen zu haben, zu so ähnlichen Vorschlägen kamen. Sie sind zu Beginn der dreißiger Jahre, als die Reichsreform diskutiert wurde, mehrfach aufgetaucht. „Die Idee Großhessen ist alt, und einer der Vorkämpfer der Idee ist einer der Vorkämpfer gegen den Nationalsozialismus gewesen, dessen wir immer gedenken wollen: Wilhelm Leuschner.“ (Rede Offenbach.) Ich kann mich heute natürlich nicht mehr erinnern, ob mir die Vorschläge von Leuschner damals selbst gegenwärtig gewesen oder von einem meiner Mitarbeiter, der seinerzeit auch sein Mitarbeiter war, erneut nahegebracht worden sind. Sie waren mir aus der früheren Diskussion und aus Unterredungen mit Leuschner an sich natürlich bekannt. Diese Vorschläge haben sich nicht verwirklichen lassen. Die Amerikaner errichteten in München die erste deutsche Länderverwaltung. Clay sagt darüber:⁶ „Nur in Bayern hatten wir ein echtes Land, obwohl es ebenfalls Einbuße durch Landverlust an die französische Zone erlitten hatte, dennoch war es dort ziemlich einfach, eine Länderverwaltung zu errichten, da es einen Teil seiner traditionellen Verwaltungsautonomie bewahrt hatte.“

Dokument 2

28. 5. 45

Memoire über die Verwaltungseinteilung des amerikanischen Besatzungsgebietes

Die amerikanischen Militärbehörden haben sich zu Beginn der Besetzung durchweg an die unterste Verwaltungseinheit gehalten, an die Stadt- und die Landkreise. Das war im ersten Augenblick, wo noch alles in Bewegung war und man nicht übersehen konnte, wie schnell neue und abgerundete Gebiete hinzukommen würden, richtig. Auf die Dauer genügt es nicht, denn es entsteht, wenn man dabei stehenbleibt, eine unmögliche Autonomie der einzelnen Kreise, die sich gegen das Nachbargebiet in jeder Beziehung, besonders auch in der Ausfuhr landwirtschaftlicher und

⁵ Für die Überlassung einer Fotokopie der Denkschrift danke ich der Stadtverwaltung Frankfurt; Herrn Oberbürgermeister a. D. Blaum für die Erlaubnis, sie zu benutzen.

⁶ Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/M. 1950, S. 104.

industrieller Erzeugnisse abschließen. Dazu ist die Wirtschaft in Deutschland zu spezialisiert. Blicke man bei den bloßen Kreisen, müßten die Städte verhungern, würde es auch in den einzelnen Kreisen selbst bald an wichtigen Bedarfsartikeln fehlen.

So ist man mit Recht dazu übergegangen, größere Gebiete administrativ zusammenzuschließen. Die Provinz Starkenburg, zu deren Verwaltung ich von der Militärbehörde bestellt wurde, ist ein Beispiel dafür, andere sind gefolgt. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß man auf diesem Wege weitergehen wird.

Dabei gibt es zwei Möglichkeiten: man hält sich an die alten Verwaltungsgrenzen oder man ersetzt sie durch neue. Beides ist möglich und beide Wege sind bisher gegangen worden. Der Regierungsbezirk Wiesbaden besteht in seinen alten Grenzen, für die Regierung in Neustadt sind neue Grenzen festgelegt worden. Sie soll nach den letzten Informationen, die von ihrem Chef selbst stammen, Saar, Pfalz, dazu Südhessen links des Rheines und das nördlich anschließende preußische Gebiet bis zur Mosel oder noch darüber hinaus umfassen. Das wäre also ein ganz neues Gebilde. Es hat unstreitig den Vorzug, daß es einen großen Raum umfaßt, in dem sich die wirtschaftlichen Notwendigkeiten eher ausgleichen lassen.

Natürlich läßt sich über jede neue Einteilung streiten, und es wird immer einzelne Gebiete geben, die mit ihr nicht zufrieden sind, entweder weil sie noch zu diesem Gebilde hätten kommen wollen oder weil sie lieber bei einem anderen wären. So würde nach meiner Kenntnis der Dinge die Bevölkerung von Rheinhessen vorziehen, in der alten Verbindung mit dem rechten Rheinufer zu bleiben. Aber man kann nicht bestreiten, daß die Abgrenzung des Bezirkes an sich gute Gründe für sich hat.

Geht man davon aus, daß diese Regierung Westmark so bleiben soll, so wird man sich sofort fragen müssen, welche Abgrenzung für das Gebiet auf der rechten Rheinseite wohl die beste wäre.

Würde man den geschichtlichen Grenzen folgen, so käme man zunächst auf die Verbindung von Oberhessen mit Starkenburg. Sie hat nicht nur unter diesem Gesichtspunkte Sinn, sondern auch unter dem wirtschaftlichen. Oberhessen ist ein im wesentlichen landwirtschaftliches Gebiet, dessen Überschüsse an Vieh, Milch, Butter, Eiern immer nach dem Süden gegangen sind, auf die Märkte von Frankfurt, Offenbach, Mainz, Wiesbaden und Darmstadt und teilweise auch in die kleineren Orte dieses industriellen und stark bevölkerten Gebietes. Wirtschaftliche Beziehungen von Oberhessen nach dem Norden, Richtung Kassel, bestehen überhaupt nicht. Das nördlich angrenzende Gebiet ist auch landwirtschaftlich, aber seine Produktion geht nach Kassel oder ins große westfälische Industriegebiet. Umgekehrt beziehen die oberhessischen Händler ihre Ware durchweg aus dem Süden, selbst der Zuschuß an Gemüse wurde vom Frankfurter Großmarkt geholt – oder aus der Gegend von Mainz und aus Starkenburg.

Die Verbindung dieser beiden ehemals hessischen Gebiete hat nur einen Fehler. Sie hängen nicht miteinander zusammen, sie sind getrennt durch einen schmalen Streifen preußischen Gebietes, durch Teile des Regierungsbezirkes Wiesbaden, zu dem auch die Stadt Frankfurt gehört.

Ohne Zweifel ist Frankfurt verkehrsmäßig und auch wirtschaftlich Mittelpunkt für beide Teile von Hessen und den Regierungsbezirk Wiesbaden, zu dem noch das Gebiet nordöstlich von Frankfurt bis nach Schlüchtern gehört.

Dies zusammen bildet eine wirtschaftliche Einheit. Von Hanau am Main bis nach Wiesbaden erstreckt sich ein Gürtel von Industriezentren, die alle bedeutend sind. Hanau mit der Edelsteinindustrie, Offenbach mit Leder, Frankfurt mit Chemie und Eisenindustrie, Mainz mit Eisenindustrie, Wiesbaden-Biebrich wieder mit chemischer Industrie. Dazwischen Rüsselsheim mit Opel, nahe bei Darmstadt mit dem weltberühmten pharmazeutischen Werk von Merck. Bedeutsam an dieser Wirtschaftsstruktur ist, daß die Arbeiterschaft dieser großen Industrie zu einem sehr be-

trächtlichen Teil in den kleinen Orten auf dem Lande wohnt, meist noch ein wenig Ackerland und eine Kuh oder wenigstens eine Ziege besitzt. Die Arbeiter fahren zur Arbeit in die Stadt, sie brauchen das einheitlich verwaltete Gebiet schon wegen der Verkehrsbedingungen. Züge nach Rüsselsheim etwa brachten die Arbeiter sogar aus dem Odenwald, die Arbeiterschaft von Frankfurt kommt aus Oberhessen, aus Starkenburg, aus Gelnhausen. Werden diese Gebiete durch Verwaltungstrennung zerrissen, so ergeben sich gewaltige Schwierigkeiten für den Wiederaufbau, denn ein großer Teil dieser Arbeiterschaft gehört zu den gelernten Arbeitern – skilled labor –, die nicht ohne weiteres durch andere zu ersetzen sind. Das fein verzweigte Verkehrssystem der Bahnen hat darauf Rücksicht genommen, es darf nicht zertrennt werden. Selbst an der Grenze dieses Gebietes gibt es eine natürliche Zusammengehörigkeit, etwa im Tal der Lahn, von Gießen abwärts nach Wetzlar mit den Leitzwerken für photographische Artikel (Leica).

Die landwirtschaftlichen Gebiete des südlichen Taunus hängen mit Frankfurt und Wiesbaden eng zusammen, der weinberühmte Rheingau hat in Wiesbaden seine natürliche wirtschaftliche Hauptstadt.

An sich gehört auch Rheinhessen zu diesem Gebiet hinein. Nicht nur daß von hier Arbeitskräfte nach Mainz gingen, das Gemüse der Mainzer Gegend wurde nach Darmstadt und Frankfurt gebracht, ebenso die Zuckerrüben in der Provinz Starkenburg verarbeitet. Nur der südliche Teil von Rheinhessen mit Worms hat engere wirtschaftliche Verbindungen zur Pfalz.

Ebenso hat der nördliche Teil des Regierungsbezirkes Wiesbaden, und zwar die Teile nördlich der Lahn über das Tal dieses Flusses hinaus, die Kreise Biedenkopf und der nördliche Teil des Kreises Dillenburg, der sogenannte Westerwald, mit seiner Eisenindustrie und seiner Tonindustrie hauptsächlich Verbindung zum Ruhrgebiet, d. h. nach Norden.

Dafür richtet sich ein anderes Gebiet, das zu Bayern gehörende Mainfranken, das sogenannte Mainviereck mit Aschaffenburg, wirtschaftlich wieder ganz nach Frankfurt und Darmstadt hin. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, mit dem Präsidenten der Handelskammer Aschaffenburg zu sprechen, der das sehr betonte. Dieses Gebiet holt seinen Gemüsebedarf aus den westlich angrenzenden Gebieten, liefert die Erzeugnisse seiner Industrie, soweit sie nicht in alle Welt gehen, nach dem Westen, Herrenanzüge, Glanzstoff, Zellstoff und Papier.

Aus dieser natürlichen Zusammengehörigkeit, die selbstverständlich durch die geographische Struktur bedingt ist, ergibt sich, daß es richtig wäre, dieses Gebiet als eine Provinz Rhein-Main zusammenzuschließen. Sie würde am besten bestehen aus ganz Hessen, einschl. Rheinhessen, dem Regierungsbezirk Wiesbaden, außer seinem nördlichen Zipfel und dem Bezirk Aschaffenburg. Das Gebiet ist auf der beiliegenden Karte abgegrenzt. Es würde etwa vier Millionen Einwohner haben, verkehrsmäßig vortrefflich abgerundet und wirtschaftlich mit dem Gemisch von Industrie und Landwirtschaft sehr glücklich zusammengesetzt sein, da es auch großer und reicher Wälder nicht entbehren würde, die in Oberhessen und im Maingebiet (Spessart) besonders ergiebig sind.

Das Gebiet wäre so gut abgerundet, daß es ohne besondere Schwierigkeiten zu verwalten wäre. Die Verwaltung könnte einfach und billig sein, denn wenn man es zusammenfaßte, könnte man die Regierungen, Landesregierung in Darmstadt, das Regierungspräsidium in Wiesbaden, die Bezirksregierung in Aschaffenburg zu einer Provinzregierung vereinigen, dadurch viel unnötiges Nebeneinander, viel Personal und viele Vielregiererei ersparen. Es genügte, die Zentralregierung dieses Gebietes und unter ihr Landräte und Oberbürgermeister zu haben. Diese Lösung würde auch den Vorteil haben, daß die jetzt sich überschneidenden Amtsbezirke des Landesarbeitsamtes, des Landesernährungsamtes, der Oberlandesgerichte mit den Grenzen

Vierteljahrshefte 7*

der politischen Verwaltung zusammengelegt werden könnten, was sowohl für die Verwaltung selbst als auch vor allen Dingen für die Einwohner von großem Vorteil wäre.

Als Sitz dieser Regierung kämen Darmstadt oder Wiesbaden in Betracht, denn es wäre wohl klug, die Regierungsbehörden nicht in das industrielle Frankfurt zu verlegen, wenigstens bin ich der Meinung, daß man diese Stadt, die auch ohne solche Behörden ein kräftiges eigenes Leben hat, nicht zum ausschließlichen Zentrum machen sollte. Wie Potsdam als Behördenstadt neben Berlin, wie Washington als Regierungssitz neben dem großen New York besteht, so sollte auch diese Provinzregierung nicht am industriellen Mittelpunkt sein.

Diese Lösung der Gebietsfrage, die ich hier vorschlage, ist so natürlich, daß sie sicher die Zeit der Okkupation überdauern und zu einer endgültigen Neuordnung werden würde. So könnte sie bestehen bleiben als Symbol für verständige Zusammenarbeit zwischen der besetzenden Macht und der Bevölkerung des besetzten Gebietes, und alle Beteiligten könnten gewiß sein, daß sie noch in ferner Zeit dankbar anerkannt würden.

Durch den Mißerfolg des ersten Vorschlages für ein abgerundetes Gebiet hatte sich die Grundfrage nicht geändert. Im Gegenteil, sie wurde immer dringender, je mehr das wirtschaftliche Leben in Gang kam. Vor allem blieb als wirtschaftlich wichtigste Notwendigkeit die Vereinigung der Gebiete des Landes Hessen und der Provinz Nassau. So lange sie unter verschiedener Verwaltung waren, war das rhein-mainische Wirtschaftsgebiet zerrissen. Zur weiteren Abrundung gab es nun nur noch eine Möglichkeit, die Hinzunahme des ehemaligen Kurhessen. Wenn man davon ausging, daß zunächst die Zoneneinteilung bleiben und die Abgrenzung von Ländern an sie gebunden sein werde, erschien die Hinzunahme Kurhessens um so wichtiger, als sich sonst ein Kleinstaat gebildet hätte oder besser gesagt übriggeblieben wäre, dessen Lebensfähigkeit sehr zweifelhaft war. Das Gesamtgebiet der drei Hessen hingegen erschien ausgeglichener als die Vereinigung nur der beiden hochindustrialisierten Südtile. So kamen wir in Darmstadt zu diesem Vorschlag, von dem zum ersten Male in der hier folgenden Denkschrift vom 26. Juli 1945 die Rede ist. Sie rekapituliert in der Einleitung meine Verteidigung gegen den Vorwurf der Unzuständigkeit und benutzt die Gelegenheit, einen neuen Vorschlag zu einer lebensfähigen Gebietsabgrenzung zu machen. Gerichtet war diese Denkschrift an den Major, später Lt. Colonel, W. Williver, Leiter der Abteilung Civil Administration.⁷

Neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die immer besonders hervorgehoben wurden, da die Amerikaner für sie besonders zugänglich waren, tritt ein anderes Argument auf: „Dieses Land Großhessen haben wir aber auch in politischer Absicht bewußt geschaffen, weil wir glauben, daß die bisherige Organisation Deutschlands fehlerhaft gewesen ist. Das Übergewicht Preußens hat uns vielfach einen Geist und eine politische Haltung aufgezwungen, die dem deutschen Volk und Staat nicht gemäß waren. Wenn wir jetzt Gelegenheit haben, Deutschland

⁷ Über das Personal der Militärregierung Darmstadt und ihre Tätigkeit vgl.: The History of Military Government Detachment E-3. 79 S. Druck: Herbertsche Buchdruckerei Darmstadt.

neu zu ordnen, scheint es mir richtig zu sein, daß man die natürlichen Grenzen nimmt, daß man den preußischen Staat und andere Gebiete aufteilt, um Länder zu schaffen, die eine Möglichkeit des eigenen Lebens innerhalb des Rahmens Deutsches Reich haben. Wir wollen Länder in Deutschland, aber wir wollen nicht, daß sich diese Länder selbständig machen und herauslösen aus dem Körper des Deutschen Reiches.“ (Rede Langen.)

Auch bei diesem Vorschlag waren wir nicht allein. Ein ähnlicher ist von Dr. Willi Wilbrand in Darmstadt gemacht worden, der allerdings als alter Getreuer der hessischen Rechtspartei von historisch-sentimentalen Betrachtungen als den ihm wesentlichsten ausging, während wir die hessische Tradition aus den Zeiten des Landgrafen Philipp nur nebenbei benutzen.⁸

Dokument 3

(Abschrift)

26. 7. 1945

Dear Sir.

Vor einer Woche etwa fragten Sie mich, wie die Landräte meines Gebietes dazu kämen, an einer Sitzung in Frankfurt/Main teilzunehmen. Sie waren zu dieser Sitzung vom Landesernährungsamt eingeladen, und ich sagte Ihnen, daß dies mit meinem Einverständnis geschehen sei und daß das Landesernährungsamt ein Gebiet zusammenfasse, das über das Gebiet meiner Regierung hinausgehe, und daß es nötig sei, diese Einrichtung, die sich eingefahren hat, zu erhalten, da sonst die richtige Erfassung und Verteilung der Lebensmittel gefährdet sei. Es war und ist mir vollkommen klar, daß aus dieser Überschneidung von Amtsbezirken Schwierigkeiten erwachsen, und ich habe inzwischen dafür einen neuen Beweis bekommen, in dem anliegenden Schreiben der Reichsautobahn – Oberste Bauleitung.⁹ Das Gebiet dieser Verwaltung geht bis Saarbrücken, Karlsruhe und Kassel, umfaßt also ganz verschiedene Regierungen und jetzt sogar französisches und amerikanisch besetztes Territorium. Diese Verwaltung teilte mir mündlich mit, daß sie von zuständigen Amtsstellen beauftragt sei, die Autobahnen nicht nur zu erhalten, sondern wieder instandzusetzen, wozu zum Beispiel der Neuaufbau der Brücke über den Main gehören würde, die man benutzen müßte, wenn man von Darmstadt auf der Autobahn direkt nach Gießen fahren wollte. Diese Brücke allein würde zwei Millionen Mark kosten, und das Gebiet des Landes Hessen müßte davon die Hälfte tragen. Da auch zum Beispiel die Brücke über den Neckar am Südende meines Gebietes zerstört ist und eine ganze Anzahl anderer Brücken, so kann mit sehr hohen Kosten gerechnet werden. Ich persönlich bin der Meinung, daß die zur Zeit kaum aufgebracht werden können. Aber das ist nicht mein Hauptproblem. Wichtiger ist mir im Augenblick die grundlegende Seite der Frage, daß die verschiedenen Bereiche der verschiedenen Zuständigkeiten dauernd Unordnungen und Erschwernisse in der Verwaltung mit sich bringen, da die verschiedenen Behörden verschiedenen Dienststellen der Besatzungsmacht unterstehen und so die Weisungen dieser Dienststellen sich durchkreuzen. Ich erwähne als Beispiel, daß das Landesernährungsamt, das Landeswirtschaftsamt, die Landesversicherungsanstalt die Gebiete des Landes Hessen und des Regierungsbezirkes Wiesbaden (Nassau) umfassen. Das Landesarbeitsamt und die Oberpostdirektion, beide Sitz Frankfurt, umfassen

⁸ Vgl. Zinn-Stein, Die Verfassung des Landes Hessen, Bd. I (1954), S. 50.

⁹ Liegt nicht vor.

außer dem Lande Hessen und dem Regierungsbezirk Wiesbaden noch Kurhessen, ein Gebiet also, das man am besten als Großhessen bezeichnen könnte. Für die Reichsbahnverwaltung ist das Land Hessen geteilt, da Starkenburg der Direktion Mainz, Oberhessen der Direktion Frankfurt zugeteilt ist. Für das Oberfinanzpräsidium ist die Regelung so, daß das Land Hessen ein eigenes hat und dem Oberfinanzpräsidium in Kassel Kurhessen und Nassau unterstehen.

Diese Überschneidung der Bezirke ist für eine geordnete Verwaltung schwer erträglich, denn selbst der Kundige muß immer wieder auf eine Karte sehen, um überhaupt zu wissen, wie die einzelnen Bezirke verlaufen. Infolgedessen wäre es dringend notwendig, die drei verhältnismäßig kleinen Gebiete Land Hessen, Regierungsbezirk Wiesbaden und Kurhessen zu einer Regierungseinheit zusammenzuschließen und dann alle diese Sonderverwaltungen so neu abzugrenzen, daß ihr Gebiet mit diesem Gebiet Großhessen übereinstimmte. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, dem Chef der Verwaltung Großhessens diese Sondergebiete anzugliedern und eine Zusammenarbeit zu ermöglichen, was jetzt um so dringender ist, als nach dem Zusammenbruch sich die Aufgaben für jede einzelne Verwaltung gehäuft haben und nicht gelöst werden können, wenn nicht eine leitende Hand da ist. Meine bisherigen Erfahrungen drängen mich dazu, Ihnen dieses noch einmal im Zusammenhang darzulegen und schriftlich aufzuzeichnen, da ich schriftlich deutlicher werden kann als mündlich, wo ich durch die nicht vollkommene Kenntnis Ihrer Sprache etwas gehemmt bin. Ich erlaube mir dabei, daran zu erinnern, daß ich schon vor ungefähr zwei Monaten in einer kleinen Denkschrift auf die Notwendigkeit dieses größeren Bezirkes aufmerksam machte.¹⁰

Das Gebiet, das nach meinem Vorschlag zusammengefaßt werden sollte, das also Kurhessen, Regierungsbezirk Wiesbaden und Land Hessen umfaßte, wäre an sich verhältnismäßig abgerundet und würde auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sehr günstig sein, denn es umfaßt in seinem Südteil industrielle, in seinem Nordteil mehr landwirtschaftliche Gebiete, so daß ein gegenseitiger Ausgleich möglich wäre. Überdies ist die Industrie dieses Gebietes sehr vielgestaltig, da sie Bergbau, Eisenindustrie, chemische Industrie und sehr viele gut eingearbeitete kleinere Industrien umfaßt. Die deutsche Entwicklung drängt nach einer solchen Zusammenfassung, die überdies mit der Grundabsicht der amerikanischen Politik, insoweit ich sie kenne, wohl übereinstimmt, nämlich in Deutschland ganz ähnlich wie in den Vereinigten Staaten eine Art von Föderativsystem erwachsen zu lassen. Auch verkehrsmäßig wäre ein solches Gebiet bequem zu verwalten, wenn man den Sitz der Behörde in die Nähe von Gießen, etwa nach Bad Nauheim oder Gießen selbst oder Wetzlar legte. In Nauheim wären für eine vorläufige Unterkunft zahlreiche Lazarette vorhanden, die ja doch allmählich zusammengelegt werden können, in Gießen stünden die Kasernen zur Verfügung. Mir scheint, wenn man eine solche Zusammenfassung überhaupt im Auge hat, der jetzige Zeitpunkt der geeignete, da, wie Sie mir sagten, die interalliierte Kontrollkommission bald ihre Tätigkeit beginnt und es für diese Kommission natürlich angenehmer wäre, mit wenigen und größeren Gebiets-einheiten zu arbeiten als mit einer großen Anzahl von kleinen. Nur so scheint mir ein einigermaßen reibungsloses Arbeiten des komplizierten Apparates gewährleistet zu sein. Dabei schwebt mir natürlich vor, daß die Zusammenfassung in der Weise erfolgt, daß die entscheidende Zuständigkeit und die eigentliche Leitung des Gebietes in einer Hand liegt, womit die einzelnen Regierungen mehr in die Aufgabe einer mittleren und einer Aufsichtsbehörde versetzt würden. Es wäre ein folgerichtiger weiterer Schritt auf dem Wege, den Ihr M. G. gegangen ist, von ganz kleinen Gebieten zu größeren zu kommen.

¹⁰ Vgl. Dok. 2.

Schon einige Tage darauf ergab sich ein neuer, wieder von außen kommender Anlaß, auf die Gedanken der Denkschrift vom 26. Juli zurückzukommen, und zwar gerade im Sinne der für mich zuständigen Militärregierung und in Verfolg dessen, was ich zu meiner Rechtfertigung vorgebracht hatte.¹¹ Im Mai 1945 war von den Amerikanern in Neustadt/Weinstraße eine Regierung eingesetzt worden, der zunächst linksrheinisches Gebiet zugeteilt war. Der Oberregierungspräsident des Gebietes, Dr. Heimerich – vorher und nachher Oberbürgermeister in Mannheim – „hatte die Absicht Nordbaden und Südhessen (Starkenburger Land) mit seinem Gebiet zu vereinigen. Ich widersprach für Südhessen, weil ich damals schon an der Begründung von Großhessen arbeitete und meiner Meinung nach das Gebiet Südhessen mehr zu dem Norden als zu dem Süden gehört. Das trug mir starke Vorwürfe von Herrn Heimerich ein (ich sei Partikularist), auch den, daß ich aus eigensüchtigen Interessen diese Politik mache.“ „Als die Okkupation der linksrheinischen Gebiete von den Amerikanern auf die Franzosen überging, verließ Heimerich Neustadt.“ – „Er plante dann ein ‚Koordinationsbüro‘ zu errichten, an dem sich die Regierungen in der amerikanischen Zone, soweit sie damals schon bestanden, beteiligen sollten. Absicht war, Gesetzentwürfe auszuarbeiten und Vorschläge für gemeinsames Handeln zu machen. Herr Heimerich wollte dazu ein Büro unterhalten, das von den interessierten Regierungen finanziert würde. Ich lehnte das ab.“¹² Die Gründe sind in einem Schreiben an die Militärregierung vom 1. August angegeben, das in dem Zusammenhang der hier veröffentlichten Dokumente nicht gut fehlen kann. Erhalten ist nur die englische Fassung des Entwurfs, auch der Brief des Regierungspräsidenten Bredow befindet sich nicht bei meinen Akten.¹³

Dokument 4

(Briefkopf)

Darmstadt, 1. August 1945

To the
Military Government
Darmstadt.

Yesterday I received a letter from the Regierungspräsident in Wiesbaden, Dr. Bredow, and it contained a passage which runs as follows: "Meanwhile Herr Heimerich was here for some time. By order of Military Government he inspected our organisation, and had himself shown all instructions which have already been issued or which are being drafted. As far as I can make out he is to form a coordination point (Koordinationsstelle) within the 7th army area. This coordination point is to supervise in certain respects and to coordinate the measures which are being planned."

¹¹ Die folgenden Zitate aus dem Entwurf eines Schreibens an eine amerikanische Dienststelle vom 26. 1. 1946 nach einer Abschrift in meinen Akten.

¹² Nach gütiger Auskunft des Herrn Regierungspräsidenten Darmstadt befinden sich im Regierungspräsidium keine auf diese Frage bezüglichen Akten.

¹³ Für den englischen Wortlaut bin ich nur begrenzt verantwortlich. Er wurde im Übersetzungsbüro fertiggestellt.

As President of the German Government of Land Hessen I am the only person who is responsible to Military Government. I am entirely responsible, and I alone am responsible. If the activities of my government were to be supervised by an outsider, who has no clear competence, the work of my administrative boards would be disturbed, and I might perhaps be driven to take measures, which do not coincide with the line of policy I have followed up to now, and the policy which Military Government gave me. On the other hand such a man would not perpetually have the supervision, and would not be responsible to Military Government.

The situation would be entirely different, if for the territory of my government and other territories, for instance Nassovia and Kurhessen the common administrative authority of a Oberpräsident could be formed. Then the Oberpräsident would be the superior, and would be clearly and distinctly and perpetually responsible, and I would be discharged of the responsibility for all instructions given by him. This would settle the competences, and make loyal and reasonable work possible. I shall therefore – should Herr Heimerich come here – tell him, that without special instructions of the competent Military Government I cannot give him information or show him any records.

(Unterschrift)

Um so mehr fühlte ich mich veranlaßt, den am 26. Juli erstmals unterbreiteten Vorschlag nun nicht mehr nebenbei aus äußerem Anlaß, sondern in einer von Tagesauseinandersetzungen losgelösten systematischen Form weiter zu verfolgen; so entstand die Denkschrift vom 10. 8.

Wir waren in diesem Stadium über die Absicht der Amerikaner nicht unterrichtet. Erst später erfuhren wir aus Clays Darstellung,¹⁴ daß man dort ursprünglich den Plan hatte, die Länder Hessen und Nassau mit der Hauptstadt Darmstadt als ein Land und Kurhessen mit der Hauptstadt Marburg zu errichten; man änderte diesen Plan „auf Wunsch vieler Deutscher“ und schuf ein einziges Land, Großhessen, später Hessen genannt.

Als ich ein Jahr nach der Schaffung dieses Landes mit den hauptsächlichen Mitarbeitern Clays sprach, wurde mir von ihnen gesagt, daß meine Denkschrift der obersten Stelle als wesentliche Äußerung vorgelegt worden sei und den Ausschlag gegeben habe.¹⁵

Dokument 5

Darmstadt, den 10. August 1945

Denkschrift

Aus der dreimonatigen Erfahrung, die ich als Leiter der Regierung, zuerst der Prov. Starkenburg, dann des Landes Hessen, gesammelt habe, ergibt sich mir

1. das Land Hessen ist zu klein, um wirkungsvoll regiert zu werden,
2. eine einheitliche Regierung kann nicht geführt werden, da eine ganze Anzahl von Sonderverwaltungen jetzt innerhalb des Regierungsbezirkes sind und eigenmächtig arbeiten.

¹⁴ A. a. O., S. 104 f.

¹⁵ Tagebuchnotiz von der Berliner Reise 1946.

Ich behandle zuerst den zweiten Punkt. Wir haben in Deutschland Sonderverwaltungen für Ernährung (Landesernährungsamt, Sitz Frankfurt), Wirtschaft (Landeswirtschaftsamt, Sitz Wiesbaden), Sozialversicherung (Landesversicherungsanstalt, Sitz Darmstadt), Eisenbahn (Reichsbahndirektion, Sitz Frankfurt), Bauverwaltung der Reichsautobahnen (Sitz Frankfurt), Wasserstraßenverwaltung (Sitz jetzt Wiesbaden, früher Koblenz), Post (Oberpostdirektion, Sitz Frankfurt), jetzt eine neugeschaffene eigene Postverwaltung in Darmstadt. Diese Sonderverwaltungen haben völlig verschiedene Bezirke. Landesernährungsamt, Landeswirtschaftsamt, Landesversicherungsanstalt haben den Bezirk des Landes Hessen und des Regierungsbezirkes Wiesbaden, einschl. der Stadt Frankfurt. Die Reichsbahn hat einen Bezirk, der einen Teil des Gebietes von Oberhessen ausschaltet. Dieser nördliche Teil des Bezirkes Oberhessen untersteht der Reichsbahndirektion Kassel. Die Reichswasserstraßenverwaltung ist von der zuständigen amerikanischen Zentralstelle umorganisiert worden und umfaßt ein Gebiet, das von Koblenz bis nach Ludwigshafen geht und den ganzen Main und Neckar umfaßt, also weit über das Gebiet des Landes Hessen hinausreicht. Die Reichsautobahnverwaltung hat ein noch größeres Gebiet, das sogar linksrheinisches Territorium heute noch umfaßt. Die Folge davon ist, daß diese Verwaltungen selbständig arbeiten und den einzelnen Länderregierungen einfach die Ausgaben, die sie haben, nach irgendeinem Verteilungs-Schlüssel präsentieren, so daß im Grunde genommen schon die Aufstellung eines Finanzplanes für das Land Hessen unter den augenblicklichen Verhältnissen völlig unmöglich ist. Dazu kommt noch, daß diese einzelnen Behörden in ihrer Personalpolitik, zum Beispiel der Frage der Denazifizierung selbständig und ganz verschieden vorgehen, so daß also der Regierungschef des Landes Hessen das Personal dieser Sonderverwaltungen nicht so in der Hand hat, wie es notwendig wäre, wenn man wirklich ernstlich bestrebt sein will, innerhalb der Beamtenschaft die geistigen Grundlagen für eine Umstellung auf zukünftige demokratische Staatsgebiete zu schaffen. Abgesehen davon leidet natürlich die Autorität der einzelnen Landesregierung, wenn einschneidende Anordnungen getroffen werden, ohne daß die einzelne Regierung davon verständigt wird und mitbestimmen kann. Es geht für eine Regierung nicht an, daß sie von einer Sonderbehörde vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Die einzig mögliche Regelung in dieser Beziehung ist, daß alle diese Sonderverwaltungen an die administrative Zentrale angegliedert und vom Chef der Regierung mitbeaufsichtigt werden und ihre allgemeinen Richtlinien erhalten. Eine derartige Lösung ist unmöglich, solange die einzelnen Regierungsgebiete so klein und so merkwürdig abgegrenzt sind wie bisher. Man braucht nur auf die Landkarte zu sehen. Da gibt es die Provinz Starkenburg südlich des Mains und die Provinz Oberhessen nördlich des Mains. Die beiden Teile des Landes Hessen sind also durch ein fremdes Gebiet getrennt, das sich wie ein schmaler Halbmond zwischen diese beiden Provinzen schiebt. Infolgedessen ist es ganz unmöglich, die Wirtschaft dieses Landes wirklich zu organisieren. Zur Wirtschaft ist auch die Ernährung, die Versorgung mit Rohstoffen, der gesamte Verkehr, Post und Eisenbahn, zu rechnen. Die moderne technische Entwicklung dieser Verkehrsmittel und die sehr starke Differenzierung der Wirtschaft, wie sie auf dem engen Raum Deutschlands sich allmählich vollzogen hat, hat die alten politischen Grenzen einfach gesprengt. Diese Grenzen sind nur noch unsinnige Überbleibsel der historischen Vergangenheit. Es ist infolgedessen auch in Deutschland schon vor dem Jahr 1933 immer wieder der Versuch gemacht worden, diesen Unsinn zu beseitigen. Er scheiterte im wesentlichen daran, daß der Staat Preußen Widerstand leistete. Nun aber ist die Bahn für eine neue Entwicklung frei. Um so mehr als nach der Proklamation der alliierten Politik es die Absicht der alliierten Mächte zu sein scheint, ihrerseits eine politische Umgruppierung in Deutschland zu fördern, weil diese Mächte davon überzeugt sind, daß eine zukünftige Demokratie in Deutschland davon

abhängig ist, daß in Deutschland ein System des Föderalismus geschaffen wird. Ein solcher Föderalismus kann nicht bestehen, wenn ganz ungleich große und kleine Länder oder Bezirke nebeneinander sind.

Die Dismembration Preußens ist also die notwendigste Voraussetzung für den Föderalismus und die demokratische Gestaltung Deutschlands. Wozu dann noch notwendig kommen müßte eine Dismembration des zweitgrößten Staates Deutschlands, nämlich Bayerns.

Geht man von diesen Gedanken aus und beschaut sich die Landkarte, so kommt man ohne weiteres dazu, die Gebiete des Regierungsbezirkes Wiesbaden und des Landes Hessen zusammenzulegen. So entsteht wenigstens ein zusammenhängendes Gesamtgebiet. Aber auch dieses Gesamtgebiet erscheint noch verhältnismäßig klein und ist vor allen Dingen in seiner wirtschaftlichen Struktur einseitig. Es ist im Süden ausgesprochen industriell – Hanau, Offenbach, Frankfurt, Wiesbaden – und der agrarische Teil ist nicht groß genug. Eine Abrundung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten führt dazu, daß man das Gebiet von Kurhessen mit diesem südlichen Gebiet verbinden muß. So entsteht dann ein in sich verhältnismäßig abgeschlossenes einheitliches Land, das geographisch alle Voraussetzungen erfüllt, um, wenn die Verwaltung in einer Hand liegt, einer glücklichen Entwicklung entgegenzugehen. Dieses Gebiet wäre auch verkehrspolitisch nicht eben schwer zu verwalten, wenn man die Regierung des Landes ungefähr in die Verkehrsmitte legte, d. h. in das Gebiet von Gießen, das natürlich auch etwa Bad Nauheim, Marburg oder Wetzlar in sich einschließen kann. Von da aus ist jeder Teil des Landes in einer Autofahrt von etwa 1½ Stunden zu erreichen. Es ist dabei nicht nötig, daß alle Sonderverwaltungen auch nach dem Sitz der Regierung gezogen werden. Sie könnten sehr wohl an anderen Stellen bleiben. Sie würden nur ihre allgemeinen Weisungen von der Regierungszentrale bekommen, und so würde ihre Arbeit harmonisch abgestimmt werden. So würde vermieden werden, daß aus Weisung und Gegenweisung Unordnung entsteht. Es würde ein Gebilde, das nicht nur auf den Augenblick gedacht wäre, sondern die Zeit der Besetzung Deutschlands überleben würde. Man könnte es Provinz oder Föderativstaat nennen und könnte ihm den geschichtlich gerechtfertigten Namen Großhessen geben.

Über die Frage, welche Zuständigkeiten die Regierung von Großhessen haben soll, können hier nur vorläufige Vorschläge gemacht und zur Diskussion gestellt werden. Ausgangspunkt dürfte sein, daß in der Deklaration von Potsdam vorgesehen ist, zunächst einmal das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands einschließlich des Bankwesens, der Steuern und Zölle, des Transport- und Verkehrswesens einheitlich zu regeln. Diese Gebiete würden also in ihrer Allgemeinregelung der Kompetenz einer Berliner Zentrale unterstehen, nicht der der Regierung von Großhessen. Geht man davon aus, und verbindet damit den Teil der Proklamation von Potsdam, in dem gesagt wird, daß eine möglichst gleichmäßige Behandlung der deutschen Bevölkerung in allen Besatzungszonen angestrebt wird, so wird man wohl sagen können, daß auch für andere Gebiete die Allgemeinregelungen späterhin von einer Zentrale aus erfolgen müssen. Diese Zentrale würde also die Aufgabe haben, zum Beispiel das Rechtswesen allgemein zu ordnen, d. h. die Zuständigkeiten der einzelnen Gerichtshöfe für ganz Deutschland gleichmäßig zu bestimmen und allgemeine Gesetze über die wichtigsten Teile des Rechtes für alle Teile Deutschlands gleichmäßig zu geben, bzw. wiederherzustellen. Sie würde auch für das Erziehungswesen zum Beispiel allgemeine Richtlinien für alle Schulen über die Lehrgegenstände usw. aufstellen. Die Anwendung und Durchführung dieser allgemeinen Richtlinien könnte aber sehr wohl den Regierungen der einzelnen Großprovinzen, also in diesem Falle der Regierung von Großhessen überlassen werden. Es ist das ein Zustand, wie er weitgehend in Deutschland in der Zeit vor 1918 bestanden hat, wo die Reichsregierung

ja auch keine eigentlich administrative, sondern nur eine gesetzgebende, regulative Tätigkeit ausgeübt hat. Die Regierung von Großhessen würde also z. B. die Ernennung ihrer Verwaltungsbeamten vollziehen, sie würde die Professoren der Universitäten, die Direktoren der höheren Schulen, die Richter einsetzen. Sie würde aber z. B. für die wirtschaftlichen Sonderverwaltungen zum Teil nur ein Vorschlagsrecht haben. Ebenso bei der Finanzverwaltung. Daraus würde sich logisch ergeben, daß bei der Einführung des demokratischen Repräsentativsystems neben diese Regierung von Großhessen dann eine state assemblee treten würde, die aus allgemeinen Wahlen hervorzugehen hätte. So würde Großhessen, wie andere Großprovinzen, zu einem natürlichen Sammelbecken des politischen Lebens werden, und wenn nun auch noch in den einzelnen Kreisen und Städten und Gemeinden solche assemblees hinzukämen, würde dem administrativen Aufbau ein Aufbau der Selbstverwaltung parallel gehen, von dem vorauszusehen wäre, daß er das Seine dazu täte, um die Bevölkerung von kleineren zu größeren Aufgaben der Staatsarbeit zu erziehen. Auch aus diesem Grunde der Erziehung scheint es mir notwendig, die Förderativgestaltung Deutschlands nicht in zu kleine Bezirke zu zerbrechen, wo dann doch mehr oder minder unwichtige materielle Sonderinteressen die assemblees erfüllen und den Gedanken einer geistig unterbauten Selbstverwaltung herabdrücken oder zerreißen könnten.

Die Schaffung einer Großprovinz würde auch ermöglichen, die Verwaltung sehr wesentlich zu vereinfachen. Die Regierungsbezirke und Regierungen in Kassel, Wiesbaden, Darmstadt müßten zwar für eine Übergangszeit noch erhalten bleiben, bis eine einheitliche Verwaltungsordnung für das Gesamtgebiet aufgebaut wäre. Aber das Gebiet von Groß-Hessen wäre nicht so groß, daß es nicht späterhin ohne diese mittleren Behörden würde verwaltet werden können. Ebenso wäre es möglich, die beiden Landesversicherungsanstalten Darmstadt und Kassel, die beiden Eisenbahndirektionen, die beiden Oberpostdirektionen und alle anderen Ämter, die doppelt vorkommen, zu vereinigen, während augenblicklich die einzelnen Präsidenten der Regierungen dazu übergehen, die größeren Sonderverwaltungen in kleine Teile zu zerlegen, die ihren Bezirken entsprechen, so daß die Oberpostdirektion in Frankfurt jetzt in drei Direktionen aufgelöst ist.

Mit der Koordination würde eine Menge unnötiges Beamtenpersonal gespart. Dazu würde in einem größeren Gebiet der Ausgleich der wirtschaftlichen Bedürfnisse viel leichter möglich sein. Überdies würde diese Vereinheitlichung und Vereinfachung der Bevölkerung selbst sehr zugute kommen, die heute sehr oft nicht weiß, an wen im einzelnen sie sich mit ihren Bedürfnissen zu wenden hat. Und dies sind entscheidende Punkte. Denn die Bevölkerung hat ein Interesse daran, daß die Staatsmaschine einfach und übersichtlich ist, daß sie wenig kostet und den Staatsbürger schnell bedient.

Mit der Begründung des Landes Hessen war für leitende amerikanische Kreise die Neuordnung der Gebiete noch nicht abgeschlossen. Anfang November 1946 wurde ich aufgefordert, nach Berlin zu fahren und dort bei Omgus meine Meinung zu allerlei politischen Fragen darzulegen. Damals hatten wir schon die Verfassung für das Land Hessen fertiggemacht, die Bevölkerung sollte am 1. 12. über sie abstimmen. Das hinderte die leitenden Herren bei Omgus nicht, ihre weiteren Pläne zu spinnen. Ich habe am 11. 11. über den Aufenthalt in Berlin einem kleineren Kreise meiner Mitarbeiter, zu denen noch Bürgermeister Metzger, Christian Stock und Herr von Brentano kamen, in meinem Amtszimmer berichtet. Aus

dem Stenogramm meines Berichtes ist das folgende im Zusammenhang von Interesse:

„Die Amerikaner wollen nicht nur die Frage des Zusammenschlusses der Zonen, sondern die Frage des Friedens mit Deutschland und die Frage der deutschen Einheit beschleunigt lösen. Sie erwähnten auch, daß die Frage im nächsten Jahr schon gelöst sein wird, und zwar ist Voraussetzung für den wirklichen Friedensschluß eine Zentralregierung und ein Zentralparlament, auf die sie hinausgehen...

Damit hängen offenbar bestimmte Vorstellungen, wie es am besten wäre, den deutschen Bundesstaat einzurichten, zusammen. Und zwar sind alternative Vorschläge gemacht worden – ich sprach mit dem zuständigen Referenten eine Stunde lang. Den Vorschlag, der etwa 8–9 Länder umfassen soll, scheint man am praktischsten und richtigsten zu finden. Genau erinnere ich mich nicht mehr. Hier nur einiges: Rheinland-Westfalen bleiben wie es ist, Bayern scheint man noch in einen südlichen und nördlichen Teil teilen zu wollen. Sicher ist man der Meinung, das Aschaffener Gebiet zu Hessen zu tun. Dafür wollen sich die Amerikaner einsetzen, eine Idee, die, wie meine ältesten Mitarbeiter wissen, schon bei der Begründung von Großhessen eine gewisse Rolle gespielt hat. Sie war nur damals nicht auf großes Verständnis gestoßen, und zwar zum Teil durch Gegenströmungen aus nationalistischem¹⁶ Interesse heraus, zum Teil wirtschaftlich begründet. Man will zu Rheinland-Westfalen das linksrheinische Gebiet nehmen, wie es jetzt ist, zu Hessen das Gebiet Koblenz, Trier und Rheinhessen. Ich wurde dann über die Pfalz gefragt, denn dem Referenten war vorgetragen worden, die Pfalz gehöre zu Rheinhessen, man spreche hier und dort den gleichen Dialekt. Ich habe dem betreffenden Herrn gesagt, daß ich mich anheischig machte, jeden Menschen sofort zu klassifizieren. Zwischen Weinheim und Laudenbach verlief deutlich die Linie des Dialektes. Ich habe durchaus dafür gesprochen, daß, wenn Württemberg-Baden zusammenbliebe, die Pfalz dazu gehöre. Inzwischen ist mir gesagt worden, daß die Mannheimer eigentlich die Tendenz hätten, sich nach dem Norden zu entwickeln. Das würde freilich die Sache etwas ändern. Meine Meinung ist die, daß es gut wäre, wenn möglichst viel rechtsrheinische Länder auch linksrheinisch beteiligt wären. Das ist ein wichtiges politisches Prinzip.“

Die Pläne scheiterten wesentlich an dem Widerstand der Franzosen, die ein eigenes linksrheinisches Land haben wollten und damals von den Engländern unterstützt wurden. Es blieb bei der bisherigen, gerade am Rhein so unsinnigen Grenze, bis auf den heutigen Tag.

Da die Denkschriften vermutlich nicht nur von Fachhistorikern gelesen werden, sondern vielleicht auch von einem breiteren Publikum, ist es wohl richtig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß sie im Einzelnen der Begründung an den Zeitumständen gemessen werden müssen, und daß bei ihrer Abfassung weitgehend eine Weisung befolgt wurde, die eine der größten Briefschreiberinnen der Weltliteratur,

¹⁶ So im Text, vermutlich müßte es „partikularistisch“ heißen. Die Übertragung des Stenogramms ist unkorrigiert.

Madame de Sévigné, einmal ihrer Tochter gab: Wenn du einen Brief schreibst, denke immer daran, daß du ihn nicht für dich schreibst, sondern für den, der ihn bekommt.

Die allgemeine Idee, die uns damals leitete, habe ich ein Jahr später wie folgt formuliert:

„Wenn wir unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Hitler-Herrschaft begannen, mit der amerikanischen Besatzungsarmee zusammenzuarbeiten, so taten wir dies nicht nur aus Verantwortungsgefühl heraus, sondern auch von unserer Seite aus Optimismus. Wir wollten unser Volk nicht aufgeben, weder im Augenblick in seinen äußeren Schwierigkeiten noch in seiner politisch-geistigen Haltung. Wir wollten nicht resignieren, wir wollten nicht, daß unser Volk resigniere, und wir hatten den Mut, zu glauben, daß es nach dieser schweren Zeit des Leidens, nach dieser entsetzlichen Zeit der Passivität doch lebendige Kräfte genug gäbe, um ein neues oder sagen wir besser ein wirkliches Leben wieder zu schaffen. Nicht eben viele folgten uns damals. Die Mehrzahl unseres Volkes war im April–Mai (1945) müde, verzweifelt oder bestenfalls bereit zu folgen, wie sie Jahre hindurch gefolgt hatten. Viele hatten damals uns vielleicht den Vorwurf gemacht, wir, die Gegner des Nazisystems, wollten an die Futterkrippe kommen, wollten uns rächen. Sie haben uns falsch verstanden. Sie haben, eingeengt, voller Scheuklappen gegenüber der Welt, nicht verstanden, daß, wenn nicht der einzige, so doch der schnellste Weg, aus den chaotischen Zuständen, aus der Hinterlassenschaft von Trümmern und Tränen herauszukommen, der war, mit der Besatzungsmacht loyal zusammenzuarbeiten und einig im Ziel mit ihr zusammenzugehen. Ausdrücklich sei diese Formel gewählt, denn niemals wollten wir etwa einfach als augenblicklicher Prellbock zwischen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung nur die Befehle der amerikanischen Besatzungsmacht ausführen. Wir hatten unsere Überzeugung nicht zwölf schwere Jahre hindurch bewahrt, um sie nun einer Konjunktur willen zu opfern. Aber wir waren überzeugt, daß von unten angefangen werden müsse und daß angefangen werden könne nur in Verbindung mit den Siegermächten. So sind wir gemeinsam Schritt für Schritt vorangegangen, langsam, manchmal zu langsam für unsere Wünsche. Das gemeinsame Ziel war immer da, aber es war selbstverständlich, d. h. es lag in den Verhältnissen, daß die Amerikaner da und dort glaubten, einen anderen Weg gehen zu sollen als wir. Wir haben uns über derartiges frei mit ihnen ausgesprochen, wie es sich für Männer ziemt, die sich bewußt sind, nach bestem Wissen und Gewissen einer Sache dienen zu wollen. Und diese Aussprachen sind in der Regel fruchtbar gewesen, nicht nur für den Ausgleich in einzelnen Fragen, sondern für die Weiterarbeit. So ist in schwerer Mühe nicht nur die Verwaltung in dem amerikanischen Gebiet wieder aufgebaut worden, es ist ebenso gelungen, das deutsche Staatsleben Schritt für Schritt von unten nach oben aufsteigend demokratisch zu unterbauen. Die amerikanische Militärregierung hat etwas gewagt, wir haben es mit ihr gewagt, und sie hat feststellen müssen, daß sie recht daran tat, etwas zu wagen, d. h. sie hat im großen und ganzen doch gesehen, daß diese optimistische Politik richtig war. Und so können wir rückblickend auf

Vierteljahrshefte 7 A

diese ganze Zeit sagen, die deutsche Bevölkerung in der amerikanischen Zone hat durch ein im großen und ganzen vernünftiges Verhalten eine Visitenkarte abgegeben, die vielleicht noch nicht als die eines Mannes in sicherer Position gewertet wurde, aber doch als die eines Mannes, der bereit ist, sich emporzuarbeiten, und den man, da man sein ehrliches Streben anerkennt, nun auch zu unterstützen willens ist.“

MITARBEITER DIESES HEFTES

George K. A. Bell, Bischof von Chichester, The Palace, Chichester, England.

Dr. Ludwig Bergsträsser, Professor, Regierungspräsident i. R., Darmstadt, Rosenhöhweg 6.

Dr. J. W. Brügel, Publizist, 21, Connaught Drive, London N. W. 11.

Dr. Hans Buchheim, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26.

Dr. Max Walter Clauss, Außenpolitischer Mitarbeiter der Deutschen Zeitung und Wirtschafts-Zeitung, Stuttgart O, Peyerstr. 2.

Dr. Werner Hahlweg, Privatdozent für Geschichte an der Universität Münster, Münster (Westf.), Steinfurter Str. 105.

Dr. Hans Rothfels, Professor der Geschichte an der Universität Tübingen, Tübingen, Waldhäuserstr. 18.